



Staatssekretariat für Wirtschaft
Ressort nichttarifarisches Massnahmen
Effingerstrasse 1
3003 Bern

Bern, 30. November 2009

Stellungnahme zur Verordnung über das Inverkehrbringen von nach ausländischen technischen Vorschriften (Cassis-de-Dijon-Prinzip) hergestellten Produkten

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Spitalgasse 34
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Gerber
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Anhörungsunterlagen. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Die SP Schweiz hat die Teilrevision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse (THG) immer befürwortet und begrüsst entsprechend ausdrücklich den vorliegenden Entwurf für eine Ausführungsverordnung zur Änderung des THG. Der Abbau technischer Handelshemmnisse ist ein Teil einer wirksamen Strategie für den Abbau der Preisüberhöhung in der Schweiz (Stichwort Hochpreisinsel). Es ist aber auch entscheidend, dass nun in dieser Verordnung die Ausnahmen vom Cassis-de-Dijon-Prinzip genau geregelt werden. Es muss so nochmals klargestellt werden, in welchen Bereichen beispielsweise der Gesundheitsschutz höher gewichtet wird als die positiven wirtschaftlichen Effekte wie tiefere Preise.

Was die einzelnen Artikel des Verordnungsentwurfs betrifft, sieht die SP Schweiz wie folgt Handlungs- bzw. Korrekturbedarf:

Artikel 1

Die SP begrüsst grundsätzlich die Beschränkung auf einige wenige Ausnahmen, da sonst das Ziel des umfassenden Abbaus von Handelshemmnissen durch das Cassis-de-Dijon-Prinzip nicht erreicht werden kann. Gleichzeitig gilt es mit der kurz gehaltenen Ausnahmenliste aber auch die Errungenschaften beispielsweise im Tierschutz oder bezüglich der strikten Vorgaben in den Bereichen Gesundheit und Transparenz aufrecht zu erhalten. Das sind Abweichungen vom EU-Recht, die den Konsumentinnen und Konsumenten einen echten Zusatznutzen bringen, wie etwa bei den Ausnahmen für alkoholische Süssgetränke, der Herkunftsdeklaration für Lebensmittel und Rohstoffe, der Deklaration für Käfig-Eier oder der Allergie-Deklaration.

Zu wenig klar ist der SP hingegen, wie genau mit den seit der Entstehung des Gesetzes neu geschaffenen, vom EU-Recht abweichenden Vorschriften umgegangen wird. Einerseits soll dabei das Cassis-de-Dijon-Prinzip mit immer neuen Abweichungen nicht wieder ausgehöhlt werden und andererseits aber müssen sinnvolle Ausnahmen auch effektiv geschützt werden.

Diese Problematik betrifft unter anderem die geänderte Energieverordnung mit höheren Anforderungen an die Energieeffizienz. Für die grossen Haushaltgeräte, die Set-Top-Boxen und für eine Übergangsfrist auch für Elektromotoren geht die Schweiz damit gegenüber der EU voran, zum Teil mit beachtlicher Differenz. Für die SP steht ausser Zweifel: Um die neuen Effizienzvorschriften zu bewahren, sind Ausnahmebestimmungen zwingend. Die im Anhörungsbericht verwendete Formulierung, wonach „das Verhältnis dieser Massnahmen zum revidierten THG zu gegebener Zeit zu klären sein (wird)“, überzeugt überhaupt nicht.

Ebenso muss künftig beim Festlegen neuer Vorschriften rechtzeitig geklärt werden, ob eine Ausnahme in der THG-Verordnung geschaffen werden soll oder nicht.

Artikel 10

Wenn „begründeter Verdacht auf unmittelbare und ernste Gefährdung öffentlicher Interessen im Sinne von Artikel 4 Absatz 4 Buchstaben a–e THG besteht“, so sollen die kantonalen Marktüberwachungsbehörden nicht einfach vorsorgliche Massnahmen treffen „können“, sondern aus Sicht der Konsumentinnen und Konsumenten „müssen“ sie vielmehr eingreifen. Ein Inkaufnehmen eines solchen begründeten Verdachts ohne eine entsprechende Reaktion wäre aus Sicht der SP nicht vertretbar.

Überwachung der Preisentwicklung

Der Abbau verschiedener Abweichungen schweizerischer Vorschriften vom EU-Recht ist mit der Erwartung verbunden, dass die Preise auch auf Konsumentinnenstufe sinken werden. Um überprüfen zu können, ob die Vorteile der neuen Gesetzgebung von den Unternehmen auch wirklich weitergegeben werden, braucht es die nötige Transparenz. Die SP fordert das Staatssekretariat für Wirtschaft darum auf, die Preisentwicklung speziell zu messen und die Öffentlichkeit regelmässig mit einem entsprechenden Preismonitoring zu informieren.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz



Christian Levrat
Präsident



Stefan Hostettler
Politischer Fachsekretär